



Starke Zunahme: Von Januar bis März musste der Sicherheitsdienst 240-mal einschreiten
Foto: Daniel Ammann

Die Gewalt in Asylzentren des Bundes steigt

Im ersten Quartal 2016 verdoppelte sich die Zahl der Vorfälle. Oft sind alkoholisierte Nordafrikaner beteiligt

Christian Brönnimann

Bern Am Vorabend des 6. Juli wird es im Bundesasylzentrum in Bremgarten AG plötzlich ungemütlich. Amin*, ein tunesischer Asylsuchender, kommt kurz nach 17 Uhr stark angetrunken ins Zentrum. Die Verantwortlichen schicken ihn direkt in den sogenannten «Besinnungscontainer», wo er erst einmal etwas ausnüchtern soll. Dort erhält er aber ungebetenen Besuch vom Marokkaner Said*, ebenfalls Asylsuchender im Zentrum. Es folgt ein verbaler Streit, den der Sicherheitsdienst noch schlichten kann.

Doch nur Minuten später geht Said mit den Fäusten auf Amin los. Wieder müssen die Männer des Sicherheitsdienstes einschreiten. Als sie Said am Boden «fixieren», wird der Marokkaner plötzlich ohnmächtig. Nun wird er in den Besinnungscontainer und dort in Seitenlage gebracht. Nach kurzer Zeit ist Said wieder ansprechbar, und es zeigt sich, dass er mehrere Tabletten eingenommen hat. Er droht mit Suizid. Offenbar hat auch er viel Alkohol getrunken. Die herbeigerufene Polizei stellt bei Said noch eine Stunde später einen Alkoholpegel von 1,2 Promille fest. Er wird zur Überwachung ins Spital eingewiesen.

Ereignisprotokolle solchen Inhalts sammeln sich beim Bund im laufenden Jahr so viele an wie nie zuvor. Das zeigen interne Controllingberichte des Staatssekretariats für Migration (SEM). Die Sonntagszeitung hat dank des Öffentlichkeitsgesetzes Einblick in die Berichte erhalten.

Im ersten Quartal 2016 mussten die Sicherheitsdienste in den Bundeszentren 240-mal wegen Gewaltsituationen einschreiten. Das sind mehr als doppelt so viele Fälle wie in den vorangegangenen Quartalen. Und das obwohl die Zahl der neu eingereisten Asylsuchenden – und damit auch die Auslastung der Bundeszentren – zu Jahresbeginn abgenommen hat. «Entgegen der Intuition sind offene Konflikte häufiger, wenn nicht ausserordentlich enge Verhältnisse herrschen. Die

Asylsuchenden haben dann mehr Platz und bleiben länger in unseren Unterkünften. Dadurch nimmt die gegenseitige Rücksichtnahme mit der Zeit ab», erklärt SEM-Sprecher Martin Reichlin.

Im eigentlich nur für den internen Gebrauch bestimmten jüngsten Controllingbericht ist der Grund für die Entwicklung ungewöhnlich direkt benannt: «Es ist deutlich zu spüren, dass wieder sehr viele Gesuchstellende aus der nordafrikanischen Region in unseren Unterkünften einquartiert sind. Diese Klientel ist dem Alkoholkonsum nicht abgeneigt, gibt sich schon ohne Alkohol unkooperativ und problematisch und wird unter Alkoholeinfluss oft sehr renitent.»

Für viele der Probleme ist also eine kleine Minderheit verantwortlich. Denn auch wenn die Zahl der Gesuchsteller aus Nordafrika etwas zugenommen hat, stammt aktuell nur etwa jeder dreizehnte Asylbewerber aus dieser Region. Sie haben meist keine Aussicht auf Asyl.

Gewalt gegen die Mitarbeiter ist die Ausnahme

Ein Hotspot für gewalttätige Auseinandersetzungen war in der ersten Jahreshälfte das temporäre Bundeszentrum auf dem Waffenplatz in Thun BE. Inzwischen ist das Zentrum wieder geschlossen. Ein Sicherheitsrapport vom 27. März zeigt detailliert, welch dramatische Szenen sich dort zuweilen abgespielt haben.

Kurz vor 22 Uhr wird ein Asylsuchender aggressiv und droht Zentrumsmitarbeitern «mit Vergewaltigung und Anwendung von Gewalt». Als die Securitas-Mitarbeiter eingreifen, eilen weitere Zentrumsbewohner herbei, Männer aus Marokko, Algerien und Gambia. Einer wirft einen Feuerlöscher, ein anderer eine Sitzbank gegen die Securitas-Leute. Diese wissen sich nur noch mit dem Pfefferspray zu helfen und rufen die Polizei. Gemäss Protokoll dauert es bis 22.30 Uhr, bis Polizei und Securitas die Situation ganz unter Kontrolle bringen. Mehrere Asylsuchende werden im «Jail Trans-

port System», einem gesicherten Kastenwagen, eingesperrt. Nach einer Lagebesprechung rückt die Polizei wieder ab. Doch als der Sicherheitsdienst um 0.45 Uhr die Lage im Kastenwagen prüfen will, eskaliert es erneut. Die Asylsuchenden haben «Material aus dem Kastenwagen beschädigt» und wollen sich «mit den gelösten Gegenständen das Leben nehmen». Wieder hilft nur der Griff zum Pfefferspray, diesmal «zum Eigenschutz» der Asylsuchenden.

Dass sich die Gewalt direkt gegen Mitarbeiter der Asylzentren richtet, ist laut dem SEM eher die Ausnahme. «Häufiger tragen die Asylsuchenden Konflikte untereinander aus», erklärt Sprecher Reichlin. Die Kontrahenten gehörten dabei oft derselben Ethnie an. «Konflikte zwischen den Asylsuchenden machen leider nicht halt an der Pforte zum Asylzentrum.»

Das SEM versucht, den Konflikten mit verschiedenen Mitteln vorzubeugen. «Wir achten etwa auf eine möglichst gute Durchmischung bei den Bewohnern eines Zentrums», sagt Sprecher Reichlin. Seien Familien, Frauen und Kinder anwesend, wirke sich das positiv auf das Zusammenleben aus. Seit Anfang Jahr haben die Behörden zudem das Sicherheitsdispositiv erhöht, beispielsweise in den Empfangszentren Altstätten SG und Kreuzlingen TG. Für die Sicherheit in den Bundeszentren hat das SEM im laufenden Jahr 45 Millionen Franken budgetiert, rund doppelt so viel wie für die Betreuung.

Weiter sollen Beschäftigungsprogramme das Konfliktpotenzial mindern. In der Rahmenvereinbarung des SEM mit den externen Betreuungsorganisationen gibt es dazu folgende Vorgabe: «Die Asylsuchenden sollen während circa

vier Stunden pro Werktag beschäftigt werden. Eine solche Strukturierung hat ein entsprechendes Freizeitangebot zu beinhalten.»

Doch dabei hapert es. Auch das geht aus den Controllingberichten hervor. Über alle Bundeszentren betrachtet, wurden die vier Stunden Beschäftigungszeit pro Tag in den letzten beiden Jahren nie erreicht. Im ersten Quartal 2016 betrug die durchschnittliche Beschäftigungsdauer gerade mal 2,7 Stunden pro Tag, Tendenz sinkend.

Flüchtlingshilfe fordert Investitionen in die Betreuung

SEM-Sprecher Reichlin macht geltend, dass der Bund in den letzten Jahren viele neue Unterkünfte in Betrieb genommen hat und die Beschäftigungsprogramme jeweils erst noch aufgebaut werden müssen. Zudem bildeten die nackten Zahlen nicht die ganze Realität ab. So werde beispielsweise gemeinsames Kochen oft nicht explizit als Beschäftigung erfasst. Dennoch geht das SEM laut Reichlin nun über die Bücher und vertieft die Überprüfung des Beschäftigungsangebots und dessen Erfassung.

Und noch in einem weiteren Bereich offenbaren die Controllingberichte Mängel: beim Personal. Weil es mit dem Ausbau der Unterkünfte auch viel mehr Mitarbeiter braucht, mussten zuletzt rasch viele neue Personen eingestellt werden. Das hatte etwa zur Folge, dass Ende letzten Jahres nur vier von fünf Mitarbeitern der Sicherheitsdienste das Anforderungsprofil vollständig erfüllten. Es fehlte beispielsweise an der «interkulturellen Ausbildung». Laut Reichlin werden solche Lücken mit speziellen Schulungen jeweils so schnell wie möglich geschlossen, meist innerhalb von wenigen Monaten.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe fordert angesichts der Befunde, dass der Bund sein Unterbringungskonzept ändert. «Statt vorrangig auf Sicherheitsdienstleistungen zu setzen, würde es mehr bringen, in die Betreuung zu investieren», sagt Direktionsmitglied Constantin Hruschka. Denn ein guter Betreuer könne Konflikte schon vor der Eskalation

verhindern. Zudem stelle die Flüchtlingshilfe oftmals fest, dass die Behörden die Asylsuchenden schlecht über Verfahren und Abläufe informierten, was Frust auslösen könne.

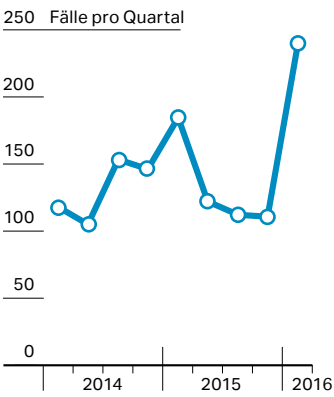
Manchmal spielen sich in den Asylzentren aber auch ganz einfach zwischenmenschliche Dramen ab, die wohl mit keinem Mittel zu verhindern wären. So am 21. März im Empfangszentrum Kreuzlingen. Im Ereignisprotokoll steht: «Der Gesuchsteller Kobe* aus Nigeria hat die Gesuchstellerin Amara* aus Nigeria, nachdem sie ihn leicht provoziert hat, geschlagen. Der Gesuchsteller ist sehr aggressiv, als er aber die Securitas-Mitarbeiter sieht, ist er sofort kooperativ.»

*Die Namen sind geändert.
recherchedesk@sonntagszeitung.ch

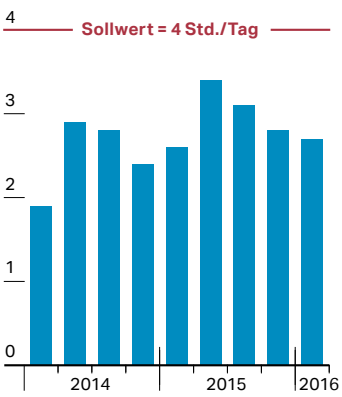


Besinnungscontainer im Asylzentrum Gubel ZG

Mehr Eskalationen



Zu wenig Beschäftigung



SoZ Candrian; Quelle: Controlling-Berichte SEM

Anzeige



Pirmin Schwander
Nationalrat
SVP Schwyz

“Die Initiative bremst die Schweiz aus.”

www.grüne-verbotswirtschaft.ch

Am 25. September
NEIN
zur grünen
Verbotswirtschaft



HEV Schweiz
Postfach, 8032 Zürich